

---

**731/J XXVI. GP**

---

**Eingelangt am 20.04.2018**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **Anfrage**

des Abgeordneten Kai Jan Krainer  
Genossinnen und Genossen

**an die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres**

betreffend den Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss und die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten – und die vorläufige Anwendung eines Protokolls zum Europa-Mittelmeer-Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Staat Israel andererseits anlässlich des Beitritts der Republik Kroatien zur Europäischen Union.

Die Europäische Kommission hat am 04.04.2018 den oben genannten Vorschlag vorgelegt. Nachdem Unionsrechtsakte einerseits in vielen Fällen unmittelbare Wirkung auch in Österreich entfalten und andererseits österreichischen Vorschriften vorgehen, stellen die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Europa, Integration und Äußeres folgende

### **Anfrage:**

1. Wie lautet die Position Ihres Ressorts zum genannten Vorschlag insgesamt und zu dessen wesentlichsten Bestimmungen?
2. Sind weitere Ressorts mit dem Vorschlag befasst?
3. Stimmen Sie mit der Rechtsgrundlage des Vorschlags überein?
4. Entspricht der Vorschlag den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit?
5. Werden auf Grund des Vorschlages Änderungen an österreichischen Rechtsnormen erforderlich?
  - a. Wenn ja: welche Bundesgesetze sind betroffen?
6. Sind durch den Vorschlag Kompetenzen der Bundesländer betroffen?
  - a. Wenn ja: auf Grund welcher Bestimmung(en) des Vorschlags?
7. Enthält der Vorschlag Bestimmungen, die im österreichischen Recht nur durch Bundesverfassungsgesetz getroffen werden könnten?

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

8. Wie ist die Position anderer Mitgliedstaaten zum Vorschlag?
9. In welcher EU-Ratsformation wird der Vorschlag behandelt?
10. In welchem vorbereitenden Gremium des Rates der EU wird der Vorschlag behandelt?
11. Fanden bereits Sitzungen in diesem Gremium statt?
12. Besteht ein Zeitplan für die Behandlung des Vorschlags?
13. Welche Art von Gesetzgebungsverfahren kommt zur Anwendung?